

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

|                                    |             |
|------------------------------------|-------------|
| Für Annahme des Beschlussentwurfes | 132 Stimmen |
| Dagegen                            | 15 Stimmen  |

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

88.333

**Motion des Ständerates (Gadient)  
Eidgenössischer Ombudsmann  
Motion du Conseil des Etats (Gadient)  
Médiateur fédéral**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 551 hiervor – Voir page 551 ci-devant

**Seiler Hanspeter:** In der SVP-Fraktion hat man die Frage der Schaffung eines eidgenössischen Ombudsmannes eingehend diskutiert. Dabei tauchten – ich muss Ihnen das gestehen – auch recht viele Zweifel an der Notwendigkeit und Wirksamkeit dieser Einrichtung auf. So wird zum Beispiel in ländlichen Gegenden der Parlamentarier bestimmt nach wie vor Ombudsmann-Funktionen ausüben. Er bzw. sie bleibt Vertrauensmann oder Vertrauensfrau und spielt die Mittlerrolle zwischen Bürger und Staat. Im weiteren ist zu sagen, dass der Kontakt mit staatlichen Instanzen, der für viele unbefriedigend oder frustrierend sein kann, weitgehend auf Vollzugsebene passiert, und Vollzug geschieht eben mehrheitlich auf Stufe Kanton und Gemeinde.

Es ist nun aber eine Tatsache, dass sich der einzelne im zunehmend dichteren Gesetzes- und Vorschriftengestrüpp immer weniger zurechtfindet, dass damit die Anonymität des Staates wächst und dass immer mehr Bürger eine Orientierungshilfe benötigen. Der Ombudsmann könnte damit also nicht nur Klagemauerfunktion haben, sondern auch eine Art Auskunftsstelle sein. Wenn ein Ombudsmann mithelfen kann, dieses Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat zu verbessern, wenn der Ombudsmann beim Bürger Verständnis für Vorgänge im Staat wecken kann, wenn er beitragen kann, offensichtliche Mängel wie etwa Betriebsblindheit in der Verwaltung auszumerzen – dazu braucht es ja nicht immer unbedingt Büros à la Hayek –, dann scheint mir der Ombudsmann gerechtfertigt. Zumindest ist es gerechtfertigt, dass wir diese Frage näher prüfen. Wunder darf man aber wohl kaum erwarten.

Mit der Zustimmung zur Motion schaffen wir die Ombudsmann-Einrichtung ja noch nicht. Wir ermöglichen aber – das scheint mir wesentlich zu sein –, die seit Jahren in einer Bundeschublade liegende Vorlage zu diskutieren und dann aufgrund konkreter Bestimmungen über Aufgaben, Kompetenzen, Umfang, Kosten usw. zu entscheiden.

Aus diesem Grunde empfehle ich Zustimmung zur Motion des Ständerates, auch wenn wir offen gestanden wegen dieser Vorlage nicht vor lauter Begeisterung von den Sitzen springen.

**Schnider:** Auch wenn hier jetzt über Vorzüge und Nachteile, über Wünschbarkeit und Nutzlosigkeit der Institution Ombudsmann gesprochen wird, müssen wir uns im klaren sein, dass es bei unserem heutigen Entscheid nicht darum geht, ja oder nein zu einem eidgenössischen Ombudsmann zu sagen. Vielmehr geht es darum, ob wir dem Bundesrat den Auftrag erteilen, dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten, über den wir in aller Ruhe und mit dem nötigen Wissen diskutieren

können. Demzufolge ist es auch weniger wichtig, ob wir dieses Begehren als Motion oder als Postulat überweisen. Wichtig ist, dass der Wille vorhanden ist, das Problem einmal im Parlament auszudiskutieren, und dass wir dann diesen Willen dem Bundesrat zur Kenntnis bringen. Die ablehnende Haltung des Bundesrates wird nicht so recht verstanden, handelt es sich doch nicht um eine komplexe und riesig grosse Vorlage.

In der christlich-demokratischen Fraktion ist die Frage Postulat oder Motion eingehend diskutiert worden. Die einen befürworteten die unverbindliche Form eines Postulates, damit der Bundesrat den Zeitplan bei der Entwicklung der Vorlage festlegen kann. Die andern sehen in der Motion den Auftrag an den Bundesrat, die bereits in der Schublade liegende Vorlage baldmöglichst dem Parlament zu unterbreiten, weil das Volk erwartet, dass man diese Frage einmal prüft. Beide Auffassungen sind vertretbar.

Persönlich bin ich für die Ueberweisung der Motion, denn als Postulat ist das Problem schon 1981 dem Bundesrat überwiesen worden, ohne dass die Vorlage, die bereitliegt, dem Parlament unterbreitet worden wäre.

**M. Martin:** Une administration de plus, un rouage de plus dans l'administration fédérale? C'est la question que l'on pourrait se poser à l'égard de la création éventuelle d'un poste de médiateur de la Confédération.

En fait, ce n'est pas pour compliquer les choses que la proposition est faite mais, au contraire, pour les simplifier. En effet, je pense qu'il n'est pas difficile de démontrer que les rouages de l'administration sont toujours plus compliqués aujourd'hui, et que certaines personnes peu habituées peuvent s'y perdre. Il arrive aussi que certains dossiers restent bloqués ou subissent un retard inadmissible à l'égard de ceux qui se sont adressés à l'administration. C'est la raison pour laquelle je vous propose de donner suite à la motion du Conseil des Etats demandant la création d'un poste de médiateur fédéral.

Quel serait son rôle? Il s'agirait avant tout d'orienter les gens qui ont de la peine à s'y retrouver dans l'administration fédérale, je viens d'y faire allusion. Mais une autre fonction, à mes yeux plus importante encore, consiste à enquêter dans les départements au cas où une procédure prendrait trop de temps et au cas où un dossier aurait été mis dans un tiroir. Cela arrive malheureusement et il est bon qu'en dehors même de la hiérarchie, une personne puisse s'adresser à un responsable neutre afin d'être entendu.

Qu'on nous comprenne bien. Il ne s'agit pas de créer un pouvoir parallèle; il ne s'agit pas de pouvoir, puisque l'ombudsman, le médiateur n'aurait aucune compétence de décision. La seule chose qu'il pourra faire sera de signaler qu'un dossier n'a pas subi le traitement qu'il aurait dû suivre. C'est cela son rôle, et non de se substituer aux autorités qui ont été désignées pour prendre les décisions.

En conclusion, je vous propose d'accepter la motion du Conseil des Etats et de renoncer à la transformer en postulat. En effet, un postulat allant dans le même sens a été déposé il y a quelques années et il a été examiné, le Conseil fédéral s'est déterminé de façon négative à ce sujet; la seule possibilité sérieuse que nous ayons de relancer ce projet reste la motion. Je vous invite donc à suivre la motion proposée par le Conseil des Etats.

**Weder-Basel:** Die Verwaltung nimmt ständig zu, und die Kontrolle hält mit diesem Wachstum nicht Schritt, nimmt also tatsächlich ab. Mit der Expansion der Verwaltung laufen wir auch Gefahr, dass der Machtmissbrauch zunimmt, und daher wird es künftig nötig sein, eine besondere, aufsichtsführende Instanz einzuführen. In Zürich kennt man den Ombudsmann seit Beginn der siebziger Jahre, in Basel und Baselland kennen wir ihn seit kurzer Zeit und haben mit ihm ausgezeichnete Erfahrungen gesammelt. Der Ombudsmann kontrolliert, er hebt nie einen Verwaltungsakt auf, er kann dies auch gar nicht, nicht einmal, wenn ihm ein Verwaltungsentscheid als unbillig oder ungerecht erscheint. Ebenso wenig kann er Abänderungen von Entscheiden bewirken. Das neue Amt – und das sage ich ganz speziell dem Herrn Bundesrat und seiner Verwaltung – ändert überhaupt nichts an der bestehenden Kompetenzord-

nung der Behörden und der Verwaltungsstellen. Kein Organ muss eine Befugnis abtreten. Der Ombudsmann stört daher die schon vorhandenen Kompetenzverteilungen in gar keiner Art und Weise.

Unsere Fraktion erachtet es als notwendig, dass unseren Bürgern ein Ombudsmann zur Seite gestellt wird. Wir stellen uns einen überparteilichen, einen gut ausgebildeten Juristen vor, der die Funktion eines Mittelsmannes und Beraters ausübt und überall dort tätig wird, wo ihm Spannungen, Rechtsbrüche, Gesetzeswidrigkeiten zwischen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zugetragen werden.

Es ist doch bezeichnend, dass ausgerechnet Kleinstaaten, die mit uns verglichen werden können, schon lange das Amt eines Ombudsmannes eingeführt haben. Ich erinnere an Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen, Neuseeland und, wie ich gehört habe, noch weitere. Das sind Länder, die sich mit uns absolut vergleichen lassen. Sie haben den Ombudsmann eingeführt; nicht wegen einer nicht korrekt arbeitenden Verwaltung, sondern darum, weil sie auch in Anbetracht der Zunahme der Verwaltungstätigkeit diese Verwaltung zukünftig sauber behalten wollen. Sie haben klar erkannt, dass Art und Umfang der heutigen Verwaltungstätigkeit eben auch eine neue, dieser Tätigkeit entsprechende Form der Kontrolle erfordern; die vierte Gewalt ist gewünscht.

Wir haben natürlich heute schon die Möglichkeit, Kontrolle auszuüben über die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Diese Kommissionen tun das in der Regel auch. Allein die zeitliche und sachliche Beanspruchung unserer National- und Ständeräte ist heute schon so immens, dass von einer gründlichen Kontrolle doch nicht mehr die Rede sein kann.

Der Ombudsmann übt zarte Macht aus. Er ist jederzeit ansprechbar, er ist kein Schalter, sondern eine Person. Er ist in vielen Fällen so etwas wie ein Dolmetscher zwischen dem Paragraphenkauerwelsch der Amtsstuben und der Ratlosigkeit der Betroffenen. Dem Bürger kann er Wege weisen, auf sein gutes Recht zu pochen. Der Ombudsmann übt für den Bürger die Funktion eines Pfadfinders im Paragrafendschungel aus und ist ihm behilflich, im Dickicht des Staates den Ausgang zu finden.

Wir bitten Sie, dieser Motion zuzustimmen, und dem Bundesrat möchte ich die Empfehlung auf den Weg geben, doch möglichst bald dieses Problem gründlich zu prüfen und im positiven Sinne zu entscheiden.

**Präsident:** Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion lässt mitteilen, dass seine Fraktion dem Vorstoss in Form der Motion zustimmen wird.

**M. Rohrbasser:** La désignation d'un médiateur doit quand même nous inciter à émettre quelques réflexions d'ordre fondamental et structurel. Si le médiateur ne sert qu'à nous donner bonne conscience, nous n'en avons pas besoin. Notre démocratie deviendrait-elle si compliquée, ses rouages manquant d'huile, qu'il nous faille institutionnaliser un engrenage supplémentaire de transmissions? C'est là que j'ai un sérieux doute. Bien sûr, la multiplication des formes de l'Etat dont nous sommes responsables risque d'éloigner de plus en plus le pays réel du pays légal. La désignation d'un médiateur fédéral serait reconnaître que nous, les élus, n'arrivons pas à être ce lien essentiel entre les citoyens et la machine étatique. Comme moyen de preuve scellant notre impuissance à assumer cette mission, soyez certains que nous ne trouverons pas mieux! Le danger est évident que cette délégation de compétences vienne à déresponsabiliser certains d'entre nous, qui ne s'appuieraient plus que sur cette institution et qui s'éloigneraient encore plus des réalités quotidiennes de nos concitoyens.

Quel serait le champ d'activité de ce médiateur? Nous savons mieux que personne que le magistrat, le conseiller fédéral, est un homme élu, investi d'un pouvoir de décision et d'appréciation, et par là même, par les orientations qu'il donne et qu'il ordonne, il peut traduire une certaine volonté populaire. Il en ira tout autrement du médiateur qui, assis dans un fauteuil tapissé par les deux Chambres, n'exercera aucun pouvoir. On en fera un coursier, une sorte de porteur de besace entre le citoyen

mendiant et l'Etat providence. Par la nature même de nos structures, je ne vois pas ce qu'il pourrait faire d'autre. Ce médiateur ne sera qu'un commissionnaire parce que nous ne le contraindrons qu'aux commissions, et je tiens le pari qu'avec le temps nous l'obligerons à être le reflet de nos qualités plutôt que l'écho de nos manquements. Il sera alors réduit au simple rôle du ouistiti de cirque accroché à l'encolure du poney, triste animal destiné durant toute sa vie à se faire porter, et n'ayant pas les rênes de direction, il sera bien obligé de suivre la trajectoire et le parcours de sa monture. Ce médiateur, créature hybride, redevable de comptes au citoyen qui le sollicitera et aux princes de notre démocratie qui ne le toléreront qu'à grand peine, risquera bien de ne s'épanouir que dans un seul endroit: dans ces serres chaudes, là où crouissent les grands problèmes, tant il est vrai – nous nous le savons déjà mais lui l'apprendra chèrement à ses dépens – que, même en démocratie, il est plus facile de ravalier des façades que de consolider la cathédrale!

**Reichling:** Ich konnte Ihnen bei der ersten Behandlung dieses Geschäftes begründen, weshalb ich beantrage, das Geschäft in Form eines Postulates zu überweisen und nicht als verbindliche Motion für einen eidgenössischen Ombudsmann. Ich möchte ganz kurz meine Gründe noch einmal zusammenfassen:

Ich bekämpfe das Institut des Ombudsmannes nicht, bin aber der Auffassung, der Ombudsmann könne seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er möglichst bürgernah ist. Er muss also möglichst nahe am Wohnort des Bürgers seine Tätigkeit ausüben können. Im übrigen werden die Bundesgesetze fast vollständig durch die Kantone vollzogen. Der Bürger, der sich nicht zurechtfindet – der auf den Ombudsmann angewiesen ist –, wird in den wenigsten Fällen unterscheiden können, ob es sich um ein kommunales, kantonales oder eidgenössisches Problem handelt, das ihm Schwierigkeiten bereitet. Mein Postulat bezweckt, dass der Bundesrat prüft, ob er nicht mindestens dort, wo kommunale Ombudsmänner eingesetzt werden (wie in der Stadt Zürich) oder wo bereits ein kantonaler Ombudsmann eingesetzt ist, diesen die Kompetenz geben kann, auch direkt mit den eidgenössischen Behörden zu verhandeln, damit er nicht einem Bürger sagen muss, er könne ihm nicht helfen, weil es sich um ein eidgenössisches Problem handle. Der Bürger soll zum nächsten Ombudsmann gehen können, und dieser sollte in der Lage sein, auf allen Stufen – Gemeinde, Kanton und Bund – seine Tätigkeit auszuüben. Es kommt ihm ja keine Verfügungsgewalt zu. Das wäre eine bürgerfreundliche Lösung; wenn Sie jedoch einen deutschsprachigen, einen französischsprachigen, einen italienischsprachigen und einen romanischsprachigen eidgenössischen Ombudsmann einsetzen müssen, fehlt meiner Ansicht nach die Bürgernähe.

Ich setze mich für eine föderalistische Lösung ein. Deshalb befürworte ich die Ueberweisung als Postulat.

**M. Borel,** rapporteur: Nous continuons ce débat commencé il y a six mois. Vous avez reçu à deux reprises un rapport écrit. J'éviterai donc la discussion sur le fond et de vous citer les arguments favorables à la création d'un ombudsman (d'un médiateur en français). Je me contenterai de faire un bref rappel historique de la manière dont les choses se sont déroulées ici, afin de vous convaincre – la commission vous le recommande par 18 voix contre 1 – d'accepter la motion et non le postulat.

L'idée, au sein de Parlement, découle d'interventions parlementaires de MM. Fischer Otto, Hubacher et Schalcher. A la suite de ces trois interventions, une procédure de consultation a eu lieu et un projet de loi a été rédigé. Il résulte de cette consultation que 18 cantons sont favorables. Les Partis démocrate-chrétien, radical, socialiste, UDC et indépendants sont également favorables. Etant donné qu'à cette époque, 1977–1978, le Parti des verts n'existait pas encore, il n'a pas émis d'opinion. L'Action nationale et le Parti libéral étaient opposés.

Dès lors, une commission du Conseil national a proposé de rédiger une motion. A une courte majorité de 66 voix contre 60,

le Conseil national a préféré la version du postulat. Or, ce dernier ne demandait pas un rapport complémentaire, mais indiquait simplement que cet objet n'était pas prioritaire. Maintenant, onze ans se sont écoulés depuis la fin de la procédure de consultation, ce qui a amené M. Gadient, l'année dernière au Conseil des Etats, à demander que l'on sorte ce projet du tiroir où il sentait de plus en plus le mois. A une très nette majorité, le Conseil des Etats a suivi M. Gadient, raison pour laquelle nous devons trancher.

La commission a nettement rejeté l'idée de faire un nouveau postulat. Il n'aurait aucun sens, car l'enquête a déjà été faite et les réponses ont été largement positives. Je dirais même qu'il serait une impolitesse par rapport à la très large majorité des cantons et des partis qui ont répondu favorablement. En effet, il y a onze ans, ils demandaient de créer l'institution d'un ombudsman fédéral et nous ne donnons toujours pas suite à cette requête.

Accepter un postulat, c'est repousser le projet d'encore dix ou vingt ans, c'est laisser l'initiative au Conseil fédéral de choisir le moment opportun pour soumettre ce projet aux Chambres. Or, sachons-le, M. Koller, conseiller fédéral, l'a dit il y a six mois, le Conseil fédéral est le dernier rempart contre cette institution. Par conséquent, adopter le postulat, c'est désigner quelqu'un opposé à cette institution de choisir le moment opportun de présenter un projet. Cela revient à voter non à l'institution d'un médiateur fédéral.

Monsieur Reichling, dans votre intervention, vous avez dit ne pas être contre l'institution, mais vous êtes tout de même contre, parce qu'il s'agit bien d'un médiateur fédéral. C'est le sens de la motion. Vous avez dit être pour un médiateur fédéralisé, ce qui est quelque chose de tout à fait différent.

Je remercie donc la plupart des partis d'apporter leur appui à l'idée. Certains hésitent encore entre la motion et le postulat. J'espère que mon intervention vous convaincra que le postulat est inutile, voire qu'il correspond à un non, et que vous accepterez la motion en tant que telle.

**Hänggi, Berichterstatter:** Darf ich Sie abschliessend daran erinnern, dass es heute nicht darum geht, grundsätzlich ja oder nein zu sagen zu einem Ombudsmann; es geht lediglich darum, ob wir mit der Ueberweisung dieser Motion den Bundesrat beauftragen wollen, unserem Rat eine entsprechende Gesetzesvorlage zur Beratung vorzulegen. Darf ich Sie im weiteren nochmals daran erinnern, dass Ihre Kommission mit 18 Stimmen gegen eine beschlossen hat, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen? Sie wissen ja auch, dass der Ombudsmann das eidgenössische Parlament seit 17 Jahren beschäftigt, also ein Dauerbrenner ist, ohne dass hier einmal grundsätzlich dafür oder dagegen Stellung bezogen werden konnte. Aus diesem Grunde erachtet es die Kommission als richtig, die Grundsatzdebatte zu führen aufgrund einer Gesetzesvorlage des Bundesrates, die bekanntlich praktisch fertig in den Schubladen liegt.

Die eigentliche Entscheidung, ob wir einen Ombudsmann oder eine Ombudsfrau einsetzen wollen oder nicht, und insbesondere auch, wie die Funktion einer solchen Person aussehen soll, wird Gegenstand weiterer Beratungen sein.

Darf ich Sie im weiteren noch kurz daran erinnern, dass der Ständerat diese Motion bereits am 29. September letzten Jahres mit 20 gegen 14 Stimmen überwiesen hat und dass sich in einer Vernehmlassung 18 Kantone mehr oder weniger dafür ausgesprochen haben und nur sechs Kantone mehr oder weniger dagegen? Ebenso haben sämtliche Bundesratsparteien plus Landesring und EVP sich für die Einrichtung eines Ombudsmannes ausgesprochen.

Noch kurz zu drei Einwänden, die gemacht wurden. Herr Burckhardt hat angeführt, dass der Paragraphenwald sich langsam zu einem Dickicht entwickelt. Genau das könnte ein Grund sein, dass wir Bürgern, welche sich in diesem Dickicht nicht mehr zurechtfinden, durch einen Ombudsmann helfen, da wieder herauszukommen. Von einer Intronisation kann keine Rede sein. Selbst Herr Reichling, der beantragt, die Motion als Postulat zu überweisen, ist nicht grundsätzlich gegen eine solche Funktion. Er regt eher an, diese Funktionen auf

Kantons- und Gemeindestufen zu stärken. Herr Reichling, das eine schliesst aber das andere nicht aus.

Etwas hart ins Gericht gegangen ist Herr Rohrbasser mit der Funktion des Ombudsmanns. Im Gegensatz zur Mehrheit in diesem Saal ist er aber ein Profipolitiker und kann sich für die Anliegen der Bürger etwas mehr Zeit nehmen, aber in der Kommission wurde ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Ombudsmann keine Konkurrenz für einen Parlamentarier ist. Im Gegenteil: Man könnte sich hier gut ergänzen.

Zusammenfassend bitte ich Sie im Namen der fast einstimmigen Kommission nochmals, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen und damit die Frage des Ombudsmannes nicht noch einmal auf die lange Bank zu schieben.

**Bundesrat Koller:** Nachdem ich bereits in der Frühjahrssession Gelegenheit hatte, Ihnen den ablehnenden Standpunkt des Bundesrates zu begründen, kann ich mich heute kurz fassen.

Für die ablehnende Haltung des Bundesrates sind vor allem folgende Ueberlegungen massgebend.

1. Entscheidend für die Ablehnung durch den Bundesrat ist der Zwang zur Prioritätensetzung in der Gesetzgebung. Ich habe mir heute noch den Stand der Richtliniengeschäfte melden lassen. Für diese Legislatur hat Ihnen der Bundesrat gut 50 Richtliniengeschäfte in Aussicht gestellt, und heute, in der Mitte der Legislatur, müssen wir feststellen, dass von diesen gut 50 deren 35 – also weit mehr als die Hälfte – nicht einmal vom Bundesrat verabschiedet, geschweige denn von den beiden Räten behandelt worden oder gar schon erledigt sind. Deshalb sind wir der Auffassung, dass während dieser Legislatur schlicht keine Zeit und kein Raum mehr vorhanden ist für ein weiteres Gesetz, ausser Sie wollen ganz bewusst andere Prioritäten setzen und auf andere Gesetze, die Sie in der Legislaturplanung akzeptiert haben, verzichten.

2. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir schon sehr viel getan haben in der Richtung, die mit der Institution des Ombudsmannes eingeschlagen werden will. Wir haben bei der Bundeskanzlei eine zentrale Verbindungsstelle für ratsuchende Bürger eingesetzt. In allen Departementen und in gewichtigen Aemtern sorgen sodann Presse- und Informationsdienste für eine hinlängliche Unterrichtung der Oeffentlichkeit über das aktuelle Geschehen auf Bundesebene. Schliesslich bemühen wir uns – auch alle Bundesräte –, die reiche Korrespondenz, die wir von Bürgerinnen und Bürgern täglich erhalten, selber zu beantworten.

Nach Meinung des Bundesrates ist die Einführung des Ombudsmannes in unserem stark föderalistischen Land auch weniger dringend als in zentralistischen Ländern wie etwa den nordischen Staaten, auf die Herr Weder verwiesen hat.

Aus all diesen Gründen macht der Bundesrat zwar keine grundsätzliche Opposition geltend, aber er ist fest überzeugt, dass in dieser Legislatur einfach keine Zeit bleibt für die Beratung eines solchen Gesetzes. Er ersucht Sie daher, die Motion abzulehnen.

**Präsident:** Die Kommission beantragt, den Vorstoss in der Form einer Motion zu überweisen. Herr Reichling beantragt, den Vorstoss lediglich in Form eines Postulates zu überweisen. Der Bundesrat lehnt beides ab.

#### *Abstimmung – Vote*

*Eventuell – A titre préliminaire*  
Für Ueberweisung der Motion  
Für Ueberweisung als Postulat

74 Stimmen  
70 Stimmen

*Definitiv – Définitivement*  
Für Ueberweisung der Motion  
Dagegen

81 Stimmen  
67 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

## **Motion des Ständerates (Gadient) Eidgenössischer Ombudsmann**

## **Motion du Conseil des Etats (Gadient) Médiateur fédéral**

|                     |                                              |
|---------------------|----------------------------------------------|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1989                                         |
| Année               |                                              |
| Anno                |                                              |
| Band                | IV                                           |
| Volume              |                                              |
| Volume              |                                              |
| Session             | Herbstsession                                |
| Session             | Session d'automne                            |
| Sessione            | Sessione autunnale                           |
| Rat                 | Nationalrat                                  |
| Conseil             | Conseil national                             |
| Consiglio           | Consiglio nazionale                          |
| Sitzung             | 16                                           |
| Séance              |                                              |
| Seduta              |                                              |
| Geschäftsnummer     | 88.333                                       |
| Numéro d'objet      |                                              |
| Numero dell'oggetto |                                              |
| Datum               | 06.10.1989 - 08:00                           |
| Date                |                                              |
| Data                |                                              |
| Seite               | 1694-1696                                    |
| Page                |                                              |
| Pagina              |                                              |
| Ref. No             | 20 017 762                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.